

INFORMATIONSDIENST

VÖW INSTITUT FÜR ÖKOLOGISCHE
WIRTSCHAFTSFORSCHUNG GmbH

VÖW VEREINIGUNG FÜR ÖKOLOGISCHE
WIRTSCHAFTSFORSCHUNG e.V.

Sustainable Development – Einige Anmerkungen zu den Problemen eines Begriffs

Die Vereinigung für ökologische Wirtschaftsforschung (VÖW) beabsichtigt, ihre Jahrestagung 1992 zum Thema „Ökologie und Entwicklung“ auszurichten. Je unwahrscheinlicher es ist, daß sich Dinge schnell ändern, desto wichtiger ist es, sie miteinander zu besprechen. Der folgende Beitrag will nur einige Stolpersteine benennen, die jeder Diskussion zum Thema „Sustainable Development“ im Weg liegen können. Er will außerdem zeigen, warum es wichtig ist, sich zunächst über Rahmenbedingungen zu verständigen, innerhalb derer dann eine Diskussion über die Inhalte des Begriffs geführt werden muß.

Die VÖW-Tagung wird, um es vorsichtig auszudrücken, nicht die erste Tagung sein, die zu diesem Thema stattfindet. Der Begriff „Sustainable Development“ hat Konjunktur. Das das so gekommen ist, hat verschiedene Ursachen. Der Begriff selbst ist positiv besetzt, auch in seinen etwas sperrigen deutschen Übersetzungen, und er ist unpräzise genug, so daß er, je nach Interessenlage und politischen Intentionen, mit den verschiedensten Bedeutungen angefüllt werden kann. Die Ökologen sehen in dieser Formel die Chance, die festgefahrene Debatte um das „qualitative Wachstum“ zu beenden. Entwicklungspolitiker und -theoretiker sehen hier einen Weg, der sie möglicherweise aus ihrer Ernüchterung über das Scheitern so vieler Entwicklungsstrategien herausführen könnte. Und schließlich bündelt sich im Begriff Sustainable Development die Erkenntnis – wie diffus auch immer – daß der reiche und der arme Teil der Welt zusammen gesehen werden müssen, und zwar im Rahmen einer Analyse, die die Auswirkungen des heutigen Wirtschaftsverhaltens für die Handlungsmöglichkeiten zukünftiger Generationen mit berücksichtigt: eine Entwicklungsstrategie für den Süden, respektive ein Umbauprogramm für den Norden, das den Anspruch auf Nachhaltigkeit erhebt, verheißt implizit zugleich auch den Ausweg aus allen soeben angesprochenen Problemen. Kein Wunder also, daß so intensiv versucht wird, die Definitionsmacht über diesen Begriff zu erlangen.

Die Diskussionen um das Verhältnis von Ökologie und Ökonomie haben jedoch eines mit Sicherheit gezeigt: daß es völlig vermessen wäre, ein Programm aufstellen zu wollen, das die Illusion er-

wecken würde, es gäbe die eine, große, schöne Lösung aller Umweltprobleme. Was es mit dem Anspruch eines Gesamt-Entwurfs einer „Sustainable Society“ oder gar einer „Sustainable World“ allenfalls gibt, das sind Visionen, etwa der oft zitierte, mittlerweile über fünfzehn Jahre alte acht-Punkte-Katalog von Nicolas Georges-Roegen, den sein Verfasser „ökonomisches“ – wohlge-merkt, nicht ökologisches, Minimalprogramm genannt hat [1]:

- Verbot der Produktion sämtlicher Kriegsgüter;
- Konversion der frei werdenden Produktivkräfte für Hilfeleistungen an unterentwickelte Länder, damit in diesen annehmbare, nicht luxuriöse Lebensbedingungen entstehen;
- langsame Reduktion der Bevölkerung auf ein Niveau, auf dem sie dann in adäquater Weise durch ausschließlich organische Landwirtschaft ernährt werden kann;
- Vermeidung jeder Energieverschwendung, nötigenfalls durch Regulierung;
- keine Nachfrage mehr nach Luxusgütern; das wird die Einstellung der Produktion derartiger Güter zur Folge haben;
- Abschaffung der Mode; Gebrauchsgüter müssen solange verwendet werden, solange sie noch von spezifischem Nutzen sind;
- dauerhafte Güter müssen durch Verbesserung der Reparierbarkeit noch dauerhafter gemacht werden;
- der technische Fortschritt muß wieder zu einem menschlichen Maß finden.

Das Problem, das nun eigentlich verhandelt werden muß, ist ebenfalls zur Genüge bekannt: Es ist ungeheuer schwierig, nach dem ersten Schritt,

diesen acht Punkten insgesamt zuzustimmen – oder zumindest einigen davon, auch wenn es schwer fällt, wenn man seine eigenen Lebens- und Konsumgewohnheiten in Betracht zieht – nach diesem ersten Schritt also die nächsten Schritte zu tun. Denn wer jetzt einmal das Fernglas quasi verkehrt herum ansetzt und nicht zunächst die schöne ökologische Vision der Zukunft in den Blick nimmt, sondern die Gegenwart mit all ihren wirtschaftlichen und ökologischen Problemen, ihren tatsächlichen und angeblichen Sachzwängen, dem ist es nicht ohne weiteres einsichtig, welche Maßnahmen, welche wirtschafts- und umweltpolitischen Instrumente ihm dem soeben in leuchtenden Farben dargestellten Ziel näher bringen.

Bekanntlich gibt es viele Zielkonflikte, etwa zwischen Arbeit und Umwelt – ein Konflikt; der im Westen der Bundesrepublik fast überwunden schien und der jetzt durch die Veränderungen im Osten Europas erneut politikmächtig geworden ist: Luftreinhaltung oder Arbeitsplätze? Naturschutz oder eine neue Werft? Es gibt „einfache“ technische Konflikte: Ist Müllverbrennen nun

Aus dem Inhalt

Programm der VÖW-Jahrestagung 1992	3
Auf dem Weg zur ökologischen Erweiterung der Arbeitsbeziehungen?	7
Bonn/Rhein-Sieg – Hauptstadtregion zweiter Klasse oder ökologische Modellregion?	9
Ökologische Kennzahlen für Unternehmen	10
Hochschulserie	11
Die allgemeine Theorie offener Systeme und die ökologische Ökonomie	13
Tagungsberichte	15
Rezensionen	17

umweltschädlicher oder Mülldeponieren? Es gibt Konflikte bezüglich der geographisch optimalen Verteilung von Umweltinvestitionen: Muß jetzt nicht jede Mark, die für die Umwelt übrig ist, am effizientesten im Osten eingesetzt werden – oder nicht wenigstens zum Teil doch dort, wo das Wirtschaftswachstum quantitativ am höchsten ausfällt – also im Westen? Es gibt Konflikte bezüglich des Einsatzes von Mitteln in der zeitlichen Abfolge: Müssen jetzt entschiedene Maßnahmen ergriffen werden, um die Klimaveränderungen aufzuhalten, selbst wenn das unter Umständen den hier erreichten Wohlstand wieder etwas schmälern würde, oder muß die Wirtschaft erst weiter expandieren, damit in Zukunft mehr Geld vorhanden ist, mit dem dann wirklich etwas für die Umwelt getan werden kann? Man mag zu allen oder zu einigen dieser Konflikte dezidierte Meinungen haben, über die aus einer ökologischen Perspektive vielleicht auch gar nicht lange diskutiert zu werden braucht. Trotzdem wird die Aufgabe, die nächsten Schritte eines ökologisch orientierten Umbaus der Industriegesellschaft zu entwerfen und auf demokratische Weise in Politik umzusetzen, durch die Existenz einer schönen ökologischen Vision überhaupt nicht erleichtert, geschweige denn gelöst.

Was also dann? Probieren wir zunächst einen anderen Weg, der nicht weniger radikal klingt als die ökologische Vision. Man kann die These aufstellen, daß eine Ökologisierung der Industriegesellschaften in den nächsten Jahrzehnten auf jeden Fall stattfinden wird. Nur zwei Dinge sind dabei ungewiß: Zum einen, ob nach einer gewissen Weile dieses Prozesses noch eine natürliche Umwelt vorhanden sein wird, in der Menschen existieren können und in der sie sich wohlfühlen. Zum anderen ist dabei ungewiß, wie groß die Kosten des Umbaus, des Übergangs zu einer ökologischeren Gesellschaft sein werden. Mit diesen Fragen verbunden ist die These, daß die Gesellschaften sehr viele Wahlmöglichkeiten haben, vielleicht sogar, daß sie die Chance haben, durch eine intelligente und effiziente Gestaltung ihrer Wirtschaft den Prozeß der Anpassung durchaus erträglich zu gestalten, so, daß die Beteiligten ihn als Prozeß qualitativen Wachstums begreifen können.

Wenn also eine Vision einer ökologischen Gesellschaft – so sehr sie uns auch einleuchten mag –, kaum Handlungsanweisungen für die nächsten Schritte geben kann, so können diese vielleicht eher aus Erkenntnissen über den heutigen Zustand unserer Wirtschaft und der Umwelt gewonnen werden. Analysen des Verhältnisses von Ökonomie und Ökologie werden von unzähligen, wissenschaftlichen und/oder politischen Akteuren vorgelegt – wobei die Übergänge hier fließend sind. Dabei ist es sehr spannend zu verfolgen, zu welchen Aussagen, quasi als Quintessenz derartiger Analysen, in unserer Gesellschaft ein sehr weitreichender Konsens besteht. Diese Konsensfähigkeit verändert sich über die Zeit, manchmal sehr rasch; noch vor zehn Jahren waren einige der fünf folgenden, heute eher unumstrittenen Aussagen Gegenstand heftiger Kontroversen [2]:

- Kein Land kann auf Dauer reicher werden, wenn es seine eigenen Ressourcengrundlagen aufzehrt oder dauerhaft ökologisch schädigt.
- Es gibt Obergrenzen für das quantitative Wachstum der Wirtschaft; während die armen Länder hier mit Sicherheit einen Nachholbedarf haben, kann es durchaus sein, daß diese Obergrenzen in den reichen Ländern bereits erreicht oder sogar überschritten sind.
- Es muß in allernächster Zeit – sprich: den nächsten zehn bis fünfzehn Jahren – gelingen, den Schadstoffausstoß drastisch zu senken. Diese Anstrengung kommt in allererster Linie auf die Industrieländer zu. Zehn bis fünfzehn Jahre sind eine sehr kurze Zeit, wenn man betrachtet, wie wenig wir im Vergleich zu der Größe der uns bevorstehenden Aufgabe in den letzten zehn bis fünfzehn Jahren erreicht haben.
- Es deutet immer mehr darauf hin, daß die Menschen vor allem in den Industrieländern derzeit auf Kosten ihrer Nachfahren, das heißt, auf Kosten der zukünftigen Generationen leben.
- Es wächst die Einsicht, daß die Erde, ökologisch betrachtet, eine Ausdehnung der Lebensverhältnisse in den Industrieländern auf die ganze Welt überhaupt nicht zu tragen vermag: Im globalen Maßstab sind weder der Energie- und Ressourcenverbrauch noch der Schadstoffausstoß in den Industrieländern umweltverträglich. Um so dringlicher stellt sich angesichts der Ungleichheit der gegenwärtigen Lebensverhältnisse die Frage der sozialen Gerechtigkeit [3].

Auf der einen Seite ist ein Konsens über derartige Aussagen, die aus einer Betrachtung der Gegenwart gewonnen sind, tragfähiger, als wenn sich der Konsens nur auf eine ökologische Zukunftsvision beschränken würde. Aber auf der anderen Seite steht man in gewisser Weise wieder am Anfang, denn diese Aussagen sind vielleicht nur deswegen so konsensfähig, weil die Konflikte, die hierin schon enthalten sind, immer noch nicht offen zutage treten. Die Gefahr besteht wieder darin, daß die Ergebnisse, Folgerungen und Perspektiven, die man aus den konsensfähigen Aussagen ziehen muß, nur in so allgemeiner Form angedeutet werden, daß nicht deutlich wird, wie einschneidend die Konsequenzen sein müßten, die eine wirklich ernsthafte Auseinandersetzung mit diesen Aussagen nach sich ziehen würde. Auch wer mit den fünf genannten Aussagen arbeiten will, wird nicht umhin können, an dem oben genannten Konfliktpotential zu arbeiten. Mit anderen Worten: Wir müssen uns fragen, ob wir uns über die Inhalte dieser Aussagen wirklich klar sind. Nur eine solche Diskussion kann einen zu bequemen Umgang auch mit dem Begriff „Sustainable Development“ verhindern.

Um wieder zu dem Argumentationsgang zurückkehren: Auf der Grundlage der genannten fünf Aussagen müssen nun Bedingungen gesucht werden, die die *nächsten Schritte* in Richtung auf eine *ökologischere* Gestaltung unserer Gesellschaft

ermöglichen würden. Die Diskrepanz zwischen unseren Erkenntnissen ökologischer Probleme einerseits und der zu langsamen Geschwindigkeit von Veränderungen andererseits zeigt aber, daß es offenkundig auch nicht ausreicht, einen Katalog einzelner Maßnahmen einer umweltorientierten Wirtschaftspolitik zu entwerfen. Entscheidend scheinen eben deren Voraussetzungen zu sein – eben jene Bedingungen, die den Entwurf und die Realisierung einer solchen ökologisch orientierten Politik erst möglich machen. Um es noch einmal zu wiederholen: Es ist ja so, daß wir dutzende solcher Einzelmaßnahmen, die alle dringend verwirklicht werden müßten, kennen. Wir müssen uns fragen, warum diese Dinge nicht entschieden werden und nicht schnell genug geschehen.

In vielen akademischen Debatten findet, vermittelt über Begriffe, so etwas wie eine voreilige Versöhnung von Ökologie und Ökonomie statt. Ökologie sei Langzeit-Ökonomie, heißt es dann, und es werden viele Punkte aufgezählt, die beweisen, daß vieles, was man im Sinne einer Schonung der Umwelt tun könnte, tatsächlich auch ökonomisch besser ist im Sinne der Einsparung von Ausgaben. Die Berücksichtigung der Umwelt kostet nicht notwendigerweise mehr, sondern oftmals weniger. Aber man darf trotzdem die Augen nicht davor verschließen, daß diese Versöhnung de facto nicht passiert, und daß Wirtschaft und Wirtschaftspolitik in der Bundesrepublik, besonders kraß in der EG und auf der Ebene der Weltwirtschaft, sich in vielen Fällen genau in die gegenteilige Richtung bewegen. Das ist eben gerade in Bezug auf Landwirtschaft und Verkehr der Fall. Beschwörende Worte, die zur Versöhnung und Harmonisierung einladen, nutzen daher wenig [4].

Mit anderen Worten: Wer sich mit dem Begriff „Sustainable Development“ nicht nur im Sinne einer akademisch spannenden, praktisch aber höchst wirkungslosen Konstruktion auseinandersetzen will, muß auf eben dies Auseinanderstreben von Ökonomie und Ökologie eingehen und sich fragen, welche Bedingungen vorliegen müßten, damit eine andere Entwicklung möglich würde. Ich nenne und erläutere im folgenden sieben solcher Bedingungen.

(1) Jede Verständigung über „Sustainable Development“ bleibt sinnlos, wenn es nicht gelingt, ein Bewußtsein beim einzelnen Verbraucher, beim einzelnen Unternehmer und Arbeitnehmer zu schaffen, das sie motiviert, die Konsequenzen für die Umwelt zu bedenken, die ihr jeweiliger Konsum, ihre jeweilige Produktion mit sich bringt. Die Initiative von Einzelnen läßt sich durch kein noch so ausgeklügeltes Gefüge von Verordnungen und Gesetzen wett machen. Es muß ein Bewußtsein entstehen, daß die Sorge für die Natur nicht völlig an andere delegiert werden kann.

(2) Jede nationale Verständigung über „Sustainable Development“ bleibt ebenfalls sinnlos, wenn es nicht gelingt, Umweltpolitik in eine international wirksame Politik einzubetten. Diese Erkenntnis hat in den letzten Jahren allerdings häufig eher als Ausrede für zu langsames Handeln gedient. Vor allem in der Bundesrepublik werden Mythen und Legenden liebevoll gepflegt: etwa die, daß die Belastbarkeit der Industrie, was Umweltauflagen

Programm der VÖW – Jahrestagung 1992 in Wuppertal

Ökologie und Entwicklung – Verteilung ökologischer Ressourcen als soziales Entwicklungsproblem

Freitag, 19. Juni

18.00 – 20.00 Uhr Eröffnung

Begrüßung durch E. Schmidt, VÖW
G. Einert (Ministerium für Wirtschaft,
Mittelstand und Technologie NRW (angefragt))
E.U. v. Weizsäcker (Wuppertal-Institut für
Klima, Umwelt, Energie): Umwelt und
Entwicklung – Gedanken zur Konferenz in Rio

ab 20.00 Uhr Kulturprogramm

Samstag, 20. Juni

9.00 – 10.30 Uhr R. Loske (Ministerium für
Wirtschaft, Mittelstand und Technologie NRW):
The Tragedy of the Commons: Das Beispiel
Klimakatastrophe
A. Hofmayer (Geographisches Institut Wien):
Natürliche Ressourcen unter humanökologischen
Aspekten

11.00 – 12.30 Uhr

W. Hein (Deutsches Übersee-Institut Hamburg):
Umwelt und Entwicklung im Spannungsfeld
von Kulturkritik und Ökonomie
F. Beckenbach (IÖW Berlin): Ökologisch-
ökonomische Verteilungskonflikte. Defizite
und Erfordernisse der Theorieentwicklung

Mittagspause

13.30 – 16.30 Uhr Arbeitsgruppen

AG 1 – Weltwährungsordnung,
GATT und Rohstoffkartelle
Moderation: R. Bräuer (Freie Universität Berlin)
Referenten
J. Betz (Übersee – Institut Hamburg):
Sozial- und Umweltverträglichkeit
der Strukturanpassungsmaßnahmen
des Internationalen Währungsfonds
und der Weltbank
M. Kulessa (Universität Mainz): Welthandel und
Ausplünderung natürlicher Ressourcen: Zur
Reformbedürftigkeit des GATT
Ö. Erdem (Technische Hochschule Aachen):
Preisregulierung durch Rohstoffkartelle

AG 2 – Ökologische Bausteine,
Entwicklungskonzepte für Ost- und West Europa
Moderation: U. Petschow (IÖW Berlin)
Referenten
M. Zehner (Verein für Volksbildung und Kultur):
Früher verboten – heute verdrängt: Die
umweltpolitische Lage in Mittel- und Osteuropa
und ihre gesellschaftspolitische Auswirkung –
zwischen Aufruhr und Resignation
U. Weißenburger (Deutsches Institut für
Wirtschaftsforschung Berlin): Umweltschutz in
der GUS und Möglichkeiten für internationale
Zusammenarbeit
B. Schreiber (angefragt)
A. Schinke (World Wildlife Fund Wien)
(angefragt)

AG 3 – Sustainable Development –
Konsequenzen des Ansatzes für
Industrienationen und Entwicklungsländer
Moderation: R. Loske (Ministerium für
Wirtschaft, Mittelstand und Technologie NRW)
Referenten
H. Diefenbacher (Forschungsstätte der
Evangelischen Studiengemeinschaft Heidelberg):
Sustainable Development – Konsequenzen des
Ansatzes für die Industrienationen
H.-J. Harborth (Technische Hochschule
Aachen): Wieviel ist zuviel? Zur Identifikation
oligarchischer Lebensstile
S. Paulus (Freie Universität Berlin): Sustainable
Development in den Entwicklungsländern:
am Beispiel der indischen Energiepolitik

17.00 – 18.30 Uhr Plenum mit Moderation
Vorstellung und Diskussion der Ergebnisse
aus den Arbeitsgruppen

19.00 – 20.00 VÖW-Mitgliederversammlung

Sonntag 21. Juni

10.00 – 12.30 Uhr Podiums-Diskussion
Visionen einer ökologischen und sozialen
Weltordnung
Moderation: R. Pfried (Universität Oldenburg)
Podium
B. Unmüßig (UNCED – Projektstelle Bonn)
K. W. Lippold (Enquete-Kommission Vorsorge
zum Schutz der Erdatmosphäre, Bonn)
S. Zundel (IÖW Berlin)

angeht, nun entgültig erreicht sei und daß der Ver-
lust der internationalen Wettbewerbsfähigkeit dro-
he. Das ist angesichts der kontinuierlichen Ex-
portüberschüsse, für die Volkswirtschaft als Gan-
zes betrachtet, grober Unfug. Es kommt darauf
an, die Rahmenbedingungen für die wirtschaft-
lich Handelnden vorhersehbar und längerfristig
klar festzulegen.

(3) Jede Verständigung über „Sustainable De-
velopment“ bleibt sinnlos, wenn wir Erfolg und
Mißerfolg mit einem völlig falschen volkwirt-
schaftlichen Rechnungssystem messen. Es ist
wissenschaftlich nicht mehr bestritten, daß das
sogenannte Bruttosozialprodukt kein wirklicher
Indikator ist für den Lebensstandard und erst recht
nicht für die Lebensqualität [5]. Sein einziger Vor-
zug ist seine Einfachheit. Die Hauptproblematik
liegt darin, daß nicht monetär entlohnte Leis-
tungen, also Naturalleistungen, Nachbarschaftshilfe,
Leistungen im Haushalt und Kindererziehung –
damit überwiegend die Arbeit von Frauen – prak-
tisch nicht einbezogen sind und externe Kosten,
insbesondere Umweltbelastungen und Ressour-

cenverbrauch, nicht abgezogen werden. Im Ge-
genteil: Umweltreparaturmaßnahmen erhöhen
das BSP. Die Bruttosozialproduktrechnung muß
ökologisiert werden, um die externen Kosten un-
serer Wirtschaftsweise jetzt und in der Zukunft,
bei uns und für die ärmeren Länder in unserem
Wohlstandskonzept nachzuweisen.

(4) Verständigung über „Sustainable Develop-
ment“ heißt auch, einen Diskurs in unserer Ge-
sellschaft in Gang zu setzen mit dem Ziel, daß die
Menschen in unserem Land gemeinsam überle-
gen, wo der Ökonomie Grenzen zu setzen sind.
Unsere Wirtschaftspolitik ist nach wie vor haupt-
sächlich darauf ausgerichtet, Wirtschaftswach-
stum bei uns zu fördern – nicht etwa in den Län-
dern, die das wirklich nötig hätten – etwa in Afri-
ka. Die Art und Weise, wie das geschieht, wird
uns sicher noch auf lange Sicht Sorge bereiten.
Die technischen Fortschritte, die wir im Hinblick
auf effizienten Einsatz von Ressourcen gemacht
haben, werden durch die direkte und indirekte
Förderung des quantitativen Wachstums wieder
aufgezehrt. Man muß sich vor Augen führen, daß

die Wirtschaft der Bundesrepublik Deutschland
in den zehn Jahren seit 1982 ein quantitatives
Wachstum von rund 30% aufweist. Es wird daher
nicht ausreichen, im Rahmen einer Neukonstruk-
tion des volkwirtschaftlichen Rechnungswesens
negative externe Effekte mit Preisen zu belegen.
Das Leben wird nicht dadurch reicher, daß man
alles mit einem Preis versieht. Eine Wirtschafts-
ordnung, die an der Erhaltung der Natur orientiert
ist, verdient ihren Namen nur dann, wenn auch sie
an bestimmten Punkten der Geldökonomie be-
wußt Einhaltung gebietet. Da es nicht nur um uns,
sondern auch um die Generationen geht, die nach
uns kommen, müssen eine Reihe von naturschädi-
genden Verhaltensweisen verboten werden, denn
es ist sicher eine Illusion, daß wir mit Wirtschaft-
wachstum so viel Geld verdienen können, um die
nach uns lebenden Menschen etwa für das unwie-
derbringliche Verschwinden bestimmter Tier-
oder Pflanzenarten entschädigen zu können. Eine
solche Rechnung könnten wir nur für uns selber
aufstellen, aber nicht für unsere Kinder. Diese
vierte Bedingung vertraut im Grunde auf die

Kraft rationaler Argumente und auf die Fähigkeit von Menschen, sich gegenseitig zuzuhören.

(5) Es gibt ein zweites, großes Feld, das gemeinsam zu diskutieren eine weitere Voraussetzung für eine Verständigung über „Sustainable Development“ ist. Ein solcher gesellschaftlicher Diskurs, der quer durch alle Schichten unserer Bevölkerung in Gang gesetzt werden muß, wird vielleicht mehr der Phantasie als der Kraft rationaler Argumente bedürfen. Ich meine, daß wir nicht umhinkommen, eine Diskussion über die Möglichkeit und Wünschbarkeit von Obergrenzen des Konsums zu führen [6]. Zahlreiche soziologische Untersuchungen haben gezeigt, daß die Zufriedenheit mit dem eigenen Einkommen in hohem Maße von der Verteilung der Einkommen abhängig ist. Ab einer gewissen Mindesthöhe hat Einkommen vor allem eine relative Bedeutung. Um Mißverständnissen vorzubeugen: Auch in unserem Land gibt es eine wachsende neue Armut, gab es noch nie so viele Sozialhilfeempfänger – auch in der alten Bundesrepublik – wie zur Zeit. Aber unser Land ist eines der reichsten Länder der Erde, in dem eine Diskussion über Obergrenzen des Konsums nicht nur eine Minderheit angeht. Durch eine solche Diskussion könnte die Aufmerksamkeit für andere Faktoren der Lebensqualität zunehmen. Auf diese Weise könnte die Wirtschaft wenigstens ein Stück weit auch von der fatalen Orientierung loskommen, immer neue Konsumgüter für die Menschen mit den höchsten Einkommen zu produzieren – man überlege nur einmal, wieviel Energie in unseren Automobilunternehmen für die Entwicklung, die Produktion und die Vermarktung von Zwölf-Zylinder-Fahrzeugen aufgewendet wurde. Die gemeinsame Diskussion von Obergrenzen beim Ausgeben und Verbrauchen wäre ein brauchbares Mittel, der Erwerbsgesellschaft einen Teil ihrer zerstörerischen Kraft zu nehmen.

(6) Eine Verständigung über „Sustainable Development“ läßt sich nur erzielen, wenn es gelingt, zu einer neuen Kultur des politischen Streitens zu finden. Zum einen: Es wird notwendig sein, Übeltäter deutlicher zu benennen. Ein Beispiel: Wir wissen, welchen Effekt die Werbung hat. Derzeit fahren in den Werbesendungen des Vorabendprogramms im Fernsehen, in den privaten Kanälen rund um die Uhr, überwiegend Superklasseautos in flotter Fahrt durch unberührte Natur. Es muß gelingen, jene, die für derartige Aktionen verantwortlich sind, auf ihr Verhalten anzusprechen, ohne sie als Person zu diffamieren und in eine Art von Rundumverteidigung zu drängen. Zum zweiten: Viele unserer Verbände und Institutionen haben dinosaurierähnliche Verhaltensweisen angenommen. Ob Lobbies oder Parteien, Gewerkschaften oder Arbeitgeberverbände: ihre oberen Etagen sind groß, mächtig, verfügen über viel Geld, sind dabei sehr ängstlich und auf Veränderungen nur sehr schwer ansprechbar. Sie bewegen sich als ganzes sehr langsam, weil ihre Teile ständig damit beschäftigt sind, ihre relative Position innerhalb der Organisation zu stabilisieren. Neue Streitkultur heißt hier, daß versucht werden muß, sovieler neue Allianzen, Koalitionen, Verbindungen zwischen den Organisationen wie nur irgend

Veröffentlichungen zum Thema Umwelt und Entwicklung

- Torsten Amelung, Markus Diehl: Deforestation of Tropical Rain Forests. Economic Causes and Impact on Development. J.C.B. Mohr Tübingen 1992
- Wilfrid Bach: Klimaschutz. Von vagen Absichtserklärungen zu konkreten Handlungen. C.F Müller Karlsruhe 1992
- Frank Beckenbach: Ökologisch-ökonomische Verteilungskonflikte: Explorative Überlegungen zu einem vernachlässigtem Forschungsfeld. Berlin 1991
- Lester R. Brown, Christopher Flavin, Sandra Postel: Zur Rettung des Planeten Erde. Strategien für eine ökologisch nachhaltige Weltwirtschaft. S. Fischer Frankfurt/M. 1992
- Bundesminister für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit (Hg.): Umweltschutz in Deutschland. Nationalbericht der BRD für die Konferenz der Vereinten Nationen über Umwelt und Entwicklung 1992 in Rio de Janeiro. Economica Bonn 1992
- Club of Rome: Die erste globale Revolution. Der vollständige Bericht. Horizonte Frankfurt/M. 1991
- Hans Diefenbacher, Ulrich Ratsch: Verelendung durch Naturzerstörung. Von den politischen Grenzen der Wissenschaft. Fischer Frankfurt/M. 1991
- Hans-Jürgen Harborth: Dauerhafte Entwicklung statt globaler Zerstörung. Eine Einführung in das Konzept des Sustainable Development. edition sigma Berlin 1991
- Reinhard Loske: Wege zur Klimastabilisierung. Atmosphärensenschutz als Herausforderung an Wirtschaft, Politik und Gesellschaft. Berlin 1991
- Peter J. Opitz (Hg.): Grundprobleme der Entwicklungsländer. Beck München 1991
- PROKLA 86: Ökologie und Entwicklung. Rotbuch Berlin 1992
- Hermann Sauter (Hg.): Entwicklung und Umwelt. Schriften des Vereins für Sozialpolitik. Duncker & Humblodt Berlin 1992 (in Vorbereitung), ca. 287 S.
- Helmut Schreiber, Ulrich Weißenburger: Europäischer Umweltplan – Europäischer Plan für die Zusammenarbeit beim ökologischen Aufbau in Mittel- und Osteuropa. Bonn 1991
- Joachim Spangenberg: Umwelt und Entwicklung – Argumente für eine globale Entwicklungsstrategie. Schüren Presseverlag Marburg 1991
- Worldwatch Institut: Zur Lage der Welt 1992. Daten für das Überleben unseres Planeten. S. Fischer Frankfurt 1992

möglich zu knüpfen: neue Netzwerke, neue Gesprächsrunden. Ein ziviler Umgang mit den globalen Umweltproblemen erfordert gesellschaftliche Innovationen jenseits alter Konfliktlinien.

(7) Eine letzte Aufgabe muß insbesondere den Wirtschaftswissenschaften gestellt werden. Wenn sie als Wissenschaft weiterhin den Anspruch aufrecht erhalten möchte, ein tragfähiges Fundament für die Formulierung wirtschaftspolitischer Instrumente zu sein, muß sie ihre eigenen Grundannahmen neu überdenken. Die langfristigen Funktionsprinzipien von Märkten, intertemporale Allokation unter den Bedingungen einer außer Kontrolle geratenen Weltgeldmenge, die Funktionsweise von Geld und Zins in einer Welt, in der extremer Reichtum und extreme Armut nebeneinander existieren – es lassen sich viele Punkte anführen, an denen das gesammelte Nicht-Wissen der Ökonomie nur zu deutlich macht, daß diese Wissenschaft bislang eben nicht das Ziel hatte, ein Instrumentarium für nachhaltiges Wirtschaften bereit zu stellen.

Hans Diefenbacher, Heidelberg

[1] vgl. Georgescu-Roegen, N. (1976): Energy and Economic Myths. Institutional and Analytical Economic Essays, Oxford: Pergamon Press, 33ff.

[2] vgl. dazu auch H. Diefenbacher (1992): „Global Interactions and Sustainable Development – Some Remarks Towards a Framework for Analysis“, in: J.B. Opschoor (ed.): Sustainable Development. Rotterdam: Association for Post-Keynesian Economics [im Erscheinen]; vgl. auch H. Diefenbacher/U. Ratsch (1992): Verelendung durch Naturzerstörung – Die politischen Grenzen der Wissenschaft. Frankfurt: S. Fischer, Kap. 1

[3] Kirchenamt der Evangelischen Kirche in Deutschland (Hrsg.) (1991): Gemeinwohl und Eigennutz – Wirtschaftliches Handeln in Verantwortung für die Zukunft. Eine Denkschrift der EKD. Gütersloh: Gütersloher Verlagshaus Gerd Mohn, 25

[4] vgl. H.C. Binswanger (1992): „Stellungnahme zur Denkschrift „Gemeinwohl und Eigennutz“ der Evangelischen Kirche in Deutschland.“, Zeitschrift für Evangelische Ethik [im Erscheinen]

[5] vgl. ibid.

[6] Vgl. B. Goudzwaard/H. de Lange (1990): Weder Armut noch Überfluß – Plädoyer für eine neue Ökonomie. München: Kaiser, 109ff.

(c) 2010 Authors; licensee IÖW and oekom verlag. This is an article distributed under the terms of the Creative Commons Attribution Non-Commercial No Derivates License (<http://creativecommons.org/licenses/by-nc-nd/3.0/>), which permits unrestricted use, distribution, and reproduction in any medium, provided the original work is properly cited.